



Zu Punkt

der öffentlichen Ratsversammlung der Stadt Neumünster am 14.02.2012

Sozialdemokratische Rathausfraktion der Stadt Neumünster

SPD-Rathausfraktion, Großflecken 75, 24534 Neumünster

Herrn
Stadtpräsidenten
Friedrich-Wilhelm Strohdiek
Neues Rathaus
24534 Neumünster

E. D. 1. 12

12.01.12

SPD / 05m / 1. SIR / SIR / 10.1
w. hr 7 12. 01. 12
0148/2008/Au

Neumünster, 09.01.2012

Ratsversammlung am 14.02.2012

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,

bitte setzen Sie den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 14.02.2012.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Hering und Fraktion

Antrag:

Die Ratsversammlung wolle beschließen:

Resolution gegen Rechtsextremismus

Für ein demokratisches und weltoffenes Neumünster – gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung.

Die jüngsten Erkenntnisse um das Terror-Netzwerk der drei Neonazis Uwe M., Uwe B. und Beate Z. zeigen, wie allgegenwärtig die Gefahr rechtsextremen Terrors ist. Jede Woche wird in Schleswig-Holstein mindestens eine Straftat von Rechtsextremen verübt und nur wenige angezeigt. Gerade Neumünster trägt durch den Club 88, die Lokalität Titanic und das diese begleitende Umfeld besonders negativ hierzu bei.

b. w.

Bunte Vielfalt statt Brauner Einfalt in Neumünster!

Neumünster ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Wir Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner stehen ein für ein von Menschlichkeit, Weltoffenheit, Toleranz und von Vielfalt geprägtes Weltbild. Dabei ist uns das friedliche Miteinander und Zusammenleben aller Menschen, ungeachtet ihrer Weltanschauung, Sexualität, Behinderung, Religion, Kultur, Herkunft oder Hautfarbe wichtig. Hass und Gewalt, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus dürfen in Neumünster keinen Platz finden.

Die Ratsversammlung der Stadt Neumünster erklärt, dass sie alles zur Wahrung und zum Schutz dieser Ideale unternehmen werde. Es sollen alle rechtlichen Möglichkeiten wahrgenommen werden, die Aktivitäten aller rechtsextremen Gruppierungen in Neumünster zu unterbinden. Zusammen mit allen demokratischen Parteien Neumünsters, die in der Ratsversammlung vertreten sind, dem Stadtpräsidenten, dem Oberbürgermeister und den Stadträten soll im Dialog dafür eingetreten werden, dass Rechtsextremismus in Neumünster keine Chance mehr haben wird.

Die Ratsversammlung fordert den Oberbürgermeister, die Landesregierung Schleswig-Holstein und die Bundesregierung daher auf,

alle rechtlichen Schritte und Rahmenbedingungen zu prüfen, die ein Schließen des Club 88 und der Lokalität Titanic ermöglichen würden.

Der Oberbürgermeister wird außerdem gebeten,

- der Ratsversammlung regelmäßig Bericht über die Situation des Rechtsextremismus zu erstatten,
- die Bürgerinnen und Bürger Neumünsters bei zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechts umfassend zu unterstützen und
- sich dafür einzusetzen, dass an den Schulen Neumünsters gezielte Präventionsarbeit geleistet wird.

Begründung:

Neumünster ist leider seit Jahren durch den „Club 88“ und nunmehr vermehrt auch durch die Lokalität Titanic ein Zentrum rechtsextremistischer Aktivitäten. Dies muss sich ändern!

Es muss deutlich werden, dass die Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner eine Schließung dieser Lokale wollen und auch nicht bereit sind, rechtsextremistische Aktivitäten jedweder Art zu dulden. Die Ratsversammlung sollte sich deshalb mit dieser Resolution hierzu bekennen und damit den Startschuss für einen breiten Konsens der Demokraten in dieser Frage geben.